Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 234. Abendblatt. Mittwoch, den 20. Mai 1868.

Deutschland.

□ **Berlin**, 19. Mai. Nach der in Paris erscheinenden „Presse", dem Organ des bekannten Mirés, soll Graf Bismarck durch die preußische Botschaft in Paris die Erklärung haben abgeben lassen, daß er sich bemühen werde, alle politischen Fragen vom Zollparlament fern zu halten und diese Versammlung nicht über die Grenzen der national-ökonomischen Interessen hinausgehen zu lassen. Die Nachricht ist vollständig erlogen. Es geht dies schon daraus hervor, daß das Zollparlament eine rein deutsche Institution ist, in die das Ausland kein Recht sich einzumischen hat. Das Präsidium des Zollparlaments hat demnach auch nicht daran denken können, dem Auslande beruhigende Erklärungen über eine Angelegenheit zu geben, um welche sich dasselbe nicht zu kümmern hat. Uebrigens wird der Verfasser des Artikels der „Presse", wenn er die Rede liest, die gestern Graf Bismarck im Zollparlament gehalten hat, sich selbst sagen müssen, daß er etwas Unsinniges behauptet hat. Bekanntlich hat Graf Bismarck auf die Rede des Abg. Probst, die Angst vor einer Einmischung des Auslandes verrieth, in sehr entschiedener Weise erklärt, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen keinen Widerhall finde. Graf Bismarck verwies bei dieser Gelegenheit auch auf seine Depesche vom 7. September 1867, aus der hervorgeht, daß Preußen den Süddeutschen für den Fall, daß sie in eine engere Verbindung mit Norddeutschland treten wollen, mit Bereitwilligkeit entgegenkommen werde. Bemerkt mag hier zugleich noch werden, daß die Gemeinsamkeit und Solidität ungemein erfreulich war, mit der in der gestrigen Sitzung des Zollparlaments alle Parteigruppirungen von Wagner bis Löwe und Waldeck für das nationale Einigungswerk auftraten. — Die „Hannoversche Landeszeitung" hat die Entdeckung gemacht, daß die Mainzer Frage prinzipiell existire und empfindet eine gewisse Freude darüber, daß die Franzosen den Versuch machen könnten, das Mitbesatzungsrecht dieser Festung zum Schutze Hessen-Darmstadts zu beanspruchen. Dem welfischen Organe ist der Vertrag, den Preußen zum Schutze dieses deutschen Grenzbollwerks mit der hessischen Regierung abgeschlossen hat, so unbequem, daß es sogar die Hoffnung ausspricht, die Großmächte möchten in Erwägung ziehen, ob der Mainzer Vertrag nicht andere Verträge alterire. Wie schon bemerkt, wird Preußen weder die Einmischung Frankreichs noch einer andern Macht in die Mainzer Angelegenheiten gestatten, die eine innere deutsche Frage ist. — Der „International" bringt die Mittheilung, daß der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Marquis de Moustier, bei dem französischen Botschafter Grafen Goltz angefragt habe, ob auf dem Betrieb des Grafen Bismarck die Schleifung der Festungswerke in Luxemburg verzögert oder sistirt sei. Es ist nichts lächerlicher, als sich einzubilden, daß Preußen den völkerrechtlich abgeschlossenen Vertrag wegen Luxemburg rückgängig zu machen beabsichtigte, oder daß Preußen daran gelegen wäre, diese Festungswerke nicht geschleift zu sehen. Solche absurde Mittheilungen sind indessen bekanntlich nichts Ungewöhnliches im „International". — Die „Demokr. Korresp." gefällt sich in dem Gedanken, daß es zwischen Preußen und Oesterreich zum Kriege kommen müsse. Sie warnt dabei vor einer Neutralität der süddeutschen Staaten, da der Krieg die vorletzte Stunde der Existenz Oesterreichs sein könne. In ähnlicher Weise spricht sich der „Münchener Volksbote" aus. Es geht daraus hervor, daß unter diesen Organen und ihren Gesinnungsgenossen eine Verabredung besteht, die süddeutsche Bevölkerung nicht zur Ruhe kommen zu lassen und dieselbe namentlich gegen Preußen aufzuregen, wobei natürlich Hietzinger Einflüsse die Hauptrolle spielen. — Nach einem hiesigen Blatte soll die Rückkehr des Kriegsministers von Roon morgen hier erwartet werden. Die Nachricht ist unwahrscheinlich. In Regierungskreisen gilt vielmehr für ausgemacht, daß der Kriegsminister wenige Tage vor dem Ende seines Urlaubs, der am 25. d. abläuft, wahrscheinlich am 23. hierher zurückkehren werde, womit auch die Mittheilung übereinstimmt, daß er auf seiner Rückreise am 17. d. von Verona in Insbruck eingetroffen ist. Die Nachrichten über sein Befinden lauten übrigens erfreulich, so daß er nach seinem Wiedereintreffen hierselbst sofort seine Amtsthätigkeit wird wieder aufnehmen können. — Von Allerhöchster Seite sind folgende Ernennungen für das evangelisch-lutherische Konsistorium in Kiel erfolgt: Der Kirchenprobst Versmann in Itzehoe, der Klosterprediger Rendtorff in Pretz, der Hauptpastor Jansen und der Dr. der Rechte Calybäus in Kiel sind zu Konsistorialräthen und Mitgliedern des Konsistoriums ernannt worden. — Der Beschluß des Landes-Oekonomiekollegiums, betreffend die steuerfreie Abgabe von Speisesalz in den Nothstandsbezirken hatte der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten in einem Schreiben an den Finanzminister befürwortet, worauf der Letztere die Antwort ertheilt hat, daß auf den Antrag der betheiligten Regierungen im laufenden Jahre bereits 11,600 Ctr. Speisesalz abgabenfrei für die vom Nothstande heimgesuchten Landestheile verabreicht worden sind und daß auf begründete Anträge der Provinzialbehörden derartige Bewilligungen auch ferner geschehen werden. — Unter dem Titel: „Zwei Jahre Hietzinger Politik" ist bei Quandt und Händel in Leipzig eine Broschüre erschienen, die eine sachgemäße Darstellung und scharfe Kritik der gegen Preußen und Deutschland gerichteten Politik der Welfen vor und nach ihrem Sturze enthält. Die Broschüre wird zur Klärung der betreffenden Sachverhältnisse wesentlich beitragen.

Berlin, 20. Mai. Se. Majestät der König wohnte am Montag Abend nach einer Spazierfahrt der Vorstellung im Schauspielhause bei und empfing gestern Morgens den Besuch des Prinzen Albrecht, welcher auf zwei Tage nach der Villa Albrechtsberg bei Dresden geht und sich verabschiedete. Hierauf hatten die Ehre des Empfanges der General v. Kamecke, welcher von seiner Inspektionsreise nach Schlesien zurückgekehrt ist, der General v. Kotze, Intendant der Königlichen Gärten in Hannover, der Oberst z. D. v. Blücher, welcher sich zur Organisation der Landwehr einige Zeit in Karlsruhe aufgehalten hat, der Major v. Seeckt, bisher Adjutant beim General-Kommando des 2. Armeekorps, welcher in Folge seiner Versetzung zum Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment im Gefolge des Kronprinzen auf der Inspektionsreise nach der Provinz Posen durch den Rittmeister v. Seher ersetzt worden ist. Hierauf arbeitete der König mit dem Vice-Admiral Jachmann und dem Chef des Militärkabinets v. Treskow. Nach dem Vortrage des Geheimen Ober-Bauraths Wiebe über Straßenpflasterung und nach einer Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck begab sich der König in Begleitung des Flügel-Adjutanten Oberst-Lieutenants v. Lucadou zum Diner in das Hotel des Handelsministers, Grafen Itzenplitz, und erschien Abends in der Oper. Am Sonnabend, den 23. d. Mts., Vormittags, wird der König dem Exerzitium des 1. Garde-Infanterie-Regiments auf dem Bornstädter Felde zu Potsdam beiwohnen.

— Die gänzliche Freisprechung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Andrew Johnson, welche nach dem Votum des Senatsgerichtshofs am letzten Sonnabend mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten, wird für Johnson kein Sieg, für die Ankläger des Präsidenten keine Niederlage sein. Abgesehen davon, daß nur eine einzige Stimme an der zur Verurtheilung erforderlichen Zweidrittel-Majorität fehlte, so liegt auch das Hauptgewicht dieses Prozesses nicht in seinem Resultate, sondern in der Thatsache, daß er überhaupt angestellt und durchgeführt worden ist, daß der Präsident sich dem Richterspruche hat unterwerfen müssen, daß das Ansehen des Gesetzes sich stärker erwiesen hat, als alle rebellische Agitation. Dem kecken Vorgehen des Präsidenten ist ein Halt geboten, seine Handlungsweise ist von kompetenter Seite öffentlich dargelegt und verdammt worden; er wird, wenn auch nicht aus seinem Verfahren positive, klar in die Augen springende Punkte hervorzuheben waren, welche das ihm zur Last gelegte Verbrechen des Verfassungsbruchs involviren, in Zukunft es sehr schwierig finden, in dieselben Bahnen wieder einzulenken, da das allgemeine Mißtrauen wachgerufen ist und ihn auf Schritt und Tritt scharf im Auge behalten wird. Der kurze Rest seiner Präsidentschaft wird ihm schwerlich die Möglichkeit lassen, zu Gunsten seiner Freunde im Süden noch Erhebliches zu bewirken, und auch die Einwirkung Johnsons auf die im Herbste bevorstehende Wahl eines neuen Präsidenten ist gelähmt, da die Freunde des Gesetzes seine Umtriebe erkannt, die entschlossenen Demokraten aber sein Verhalten der Anklage gegenüber als feige verurtheilt haben. Im Interesse der Republik wiegt nach unserer Auffassung die Freisprechung des Präsidenten mehr, als seine Verurtheilung, denn jene stellt der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit des Gerichtshofes, gegen welchen Johnsons Anhänger die wildesten Anschuldigungen erhoben haben, ein beredtes Zeugniß aus, ohne doch die öffentliche Meinung, deren Spruch mehr auf der Gesammthaltung, als auf einzelnen Handlungen des Beschuldigten basirt, zu irritiren. (B. B.-Z.)

— Bezüglich der Verlegung eines hessischen Regimentes in die Festung Mainz ist einer Darmstädter Korrespondenz der „Frkf. Ztg." zufolge noch keine bestimmte Entscheidung getroffen worden; die Unterhandlungen sind noch in der Schwebe.

— Der Ausschuß des Nationalvereins, der nach dessen Ende vorigen Jahres erfolgten Auflösung der Liquidations-Kommission fungirt, war am 17. Mai hier versammelt, um über den Rest der Gelder zu verfügen. Es wurden 1000 Fl. für die Petermann'sche Nordpolfahrt bewilligt. 500—1000 Fl. — je nach dem sich schließlich herausstellenden Ueberschuß — für das deutsche Hospital in Newyork. Von den bereits ausgegebenen Geldern ist ein namhafter Theil der Wahlagitation für das Zollparlament in Südhessen zu Gute gekommen.

— Die neue Maaß- und Gewichtsordnung dürfte im Reichstage ohne erhebliche Einwendungen durchgehen. Auf die in allen Abgeordnetenkreisen der Regierungsvorlage günstige Stimmung bauend, hat es Dr. Hirth schon jetzt unternommen, umfassende Reduktionstabellen herzustellen, und sich dazu der amtlichen Unterstützung versichert. Sie sollen in drei Ausgaben erscheinen: 1. größere Tabellen für den Handgebrauch, als Separatabdruck aus den „Annalen des norddeutschen Bundes", 2. Tabellen in Taschenbuch-Format (ähnlich dem Parlaments-Almanach) und 3. eine Wandtafel für Werkstätten, Komtoire, Niederlagen, Schulen rc. Den Verlag haben Stilke und van Muyden (Schneider u. Comp.) in Berlin übernommen.

Berlin, 19. Mai. (Zollparlament.) 15. Sitzung. Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr. Die Tribünen sind spärlich besetzt. Erster Gegenstand der Tages-Ordnung ist die Prüfung der Wahl der Abg. Dr. Müller (9. Liegnitzer Wahlbezirk), die auf Antrag der 4. Abtheilung für gültig erklärt wird. — Zweiter Gegenstand der Tagesordnung Schlußberathung über den am 8. Mai d. J. abgeschlossenen Handels- und Schifffahrtsvertrag mit dem Kirchenstaate. Die Referenten Abg. Dr. Diepolder und Hinrichsen empfehlen die Genehmigung des Vertrages, die ohne Diskussion ausgesprochen wird. — Dritter Gegenstand der Tagesordnung Vorberathung im Plenum über den Gesetzentwurf, betr. die Abänderung des Vereinszolltarifs vom 1. Juli 1865. — Zur General-Debatte melden sich 7 Redner für und 9 Redner gegen die Vorlage.

Abg. Wiggers (Berlin): Ich erkläre mich für die Vorlage mit Ausnahme der für Mineral-Oele ausgeworfenen Zölle. Schon in den früheren Debatten ist hervorgehoben, daß nach Annahme der Vorlage namentlich die Verwaltungskosten sich erheblich vermindern werden. Wenn wir dies in Betracht ziehen, so muß ich sagen, daß die befürchteten Ausfälle von der Einnahme nur vorübergehend und höchst unbedeutend sein werden. Dazu braucht nicht ein so großer neuer Apparat angelegt und eine neue Tabacks- und Petroleumsteuer eingeführt zu werden; wir werden vielmehr in kurzer Zeit eine sehr erhebliche Mehr-Einnahme haben. Ich wünsche eine allgemeine Tarifermäßigung und da diese allerdings eine Verminderung der Einnahmen zur Folge haben wird, so muß man sich vorsehen, die erwarteten Ausfälle zu decken. Ich gehöre zu der Klasse der Freihändler und verweise Sie auf England, wo die großen Prinzipien des Freihandels sich Geltung verschafft haben. Ich wünsche den vollständigen Bruch mit dem Schutzzollsystem, weil nicht die Interessen Einzelner, sondern die Interessen des gesammten Volkes maßgebend sein müssen. Ich begreife nicht, wie man auf der einen Seite für Gewerbefreiheit, auf der anderen für den Schutzzoll sein kann. Es ist eine eigenthümliche Politik, auf der einen Seite Zölle aufzuheben, bezw. zu ermäßigen und dafür eine absolut schlechte Steuer einzuführen. Ich erkläre mich auch aus einem politischen Grunde gegen die Petroleumsteuer. Wenn Sie die indirekten Steuern immer weiter entwickeln, so kommen Sie auf das sogenannte Aversional-System, wie es in meinem engern Vaterlande besteht; dann wird schließlich das ganze Bedürfniß des Staates durch indirekte Steuern gedeckt und dadurch Ihr Steuerbewilligungsrecht untergraben, denn Sie behalten dann nur noch das Ausgabebewilligungsrecht. Bewilligen Sie die Petroleumssteuer, so verletzen Sie Ihr Budgetrecht, und deshalb bitte ich Sie gegen diese Steuer zu stimmen.

Abg. Mohl: Ich glaube, daß sich in diesem hohen Hause eine sehr erhebliche Opposition gegen die Petroleumsteuer herausstellen wird; ich werde auch gegen dieselbe stimmen, obwohl ich der Ansicht bin, daß durch die Ablehnung derselben ein Einnahme-Ausfall sich ergeben wird. Ehe die Gesetzgeber an einen so schwierigen Gegenstand gehen, sollten sie erst die Betheiligten so viel wie möglich hören. Der Redner, der sehr schwer zu verstehen ist, spricht gegen die im Tarife vorgeschlagenen Ermäßigungen bez. Aufhebung der Eingangszölle auf Chemikalien rc. und empfiehlt die Ablehnung der betreffenden Positionen des Gesetzentwurfes. — Abg. Miquel: Der uns vorgelegte Tarif sei im Ganzen wohl erfreulich; er ermäßigt verschiedene Zölle, vereinfacht den Tarif erheblich und befreit verschiedene Dinge von den Zöllen, wo sich die Nothwendigkeit herausgestellt hat. In dem Tarife aber fehlt die gewünschte Aufhebung der Zölle auf Reis und die Reform der Besteuerung des Zuckers. Ich begreife nicht, weshalb man diese Frage, die doch ziemlich einfach ist, nicht geregelt hat. Dagegen finden wir aber eine neue Steuer auf Petroleum. Wenn nun von uns verlangt wird, die Einnahmen des Staates zu vermehren, so sind wir, weil wir nur ein Stück Volksvertretung sind, gar nicht in der Lage, zu prüfen, ob ein Bedürfniß dazu vorhanden ist. Ich bin überzeugt, daß die deutsche Nation sich einen solchen Zustand nicht länger wird gefallen lassen; mit einem solchen Parlamente kann man auf die Dauer nicht regieren, das werden auch die Regierungen bald selbst merken; man kann mit einem Parlamente nur regieren, wenn es volle Rechte hat. Wir werden unsere Verpflichtungen allerdings anerkennen müssen, daß die Volksvertretung für eine Verminderung der Ausgaben oder eine Vermehrung der Einnahmen zu sorgen hat, wenn ein Defizit nachgewiesen ist; wir dürfen dies aber nicht durch eine fortdauernde Steuer thun. Es liegt uns nichts vor, woraus wir schließen müßten, daß die Staaten Deutschlands mit einem dauernden Defizit arbeiten und wir somit ein dauerndes Bedürfniß mit einer dauernden Steuer beseitigen müssen. Sollte sich ein dauerndes Bedürfniß herausstellen, so werden wir Rath schaffen müssen und wir werden Rath schaffen. Wir werden aber nicht eher zu einer Erhöhung der Steuern schreiten dürfen, als bis uns ein solcher Beweis geführt ist. Petroleum ist das allerwichtigste Kulturmittel, ja ein nothwendiges Lebensbedürfniß geworden. Hat das Volk sich einmal an bessere Beleuchtung gewöhnt, so wird diese Beleuchtung ein Lebensbedürfniß. Bewilligen wir die Petroleumssteuer, so führt diese Bewilligung sehr bald zu neuen Steuern. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die neue Zeit große Lasten gebracht hat, und daß die Vortheile des neuen Staatslebens dem Einzelnen noch nicht recht sichtbar geworden sind. Wenn wir in solcher Zeit noch eine neue Steuer beschließen, so werden wir uns an der Erfüllung unserer nationalen Aufgabe erheblich hindern. Ich votire gegen die Petroleumsteuer.

Abg. Feustel (Bayreuth): Die Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll, kann hier nicht zum Austrag gebracht werden. Ich betrachte die Frage wegen der Petroleumsteuer nicht vom politischen, sondern von unserem speziellen Standpunkte aus. Wir haben in unserem Staate unser Budget mit Rücksicht auf den Eingang dieser Steuer aufgestellt. Fällt dieser Eingang fort, so müssen wir den Ausfall durch Geldbewilligungen decken, also durch eine direkte Steuer. Bei uns würde man sich eine Besteuerung des Petroleums weit lieber gefallen lassen, als eine direkte Steuer. Ich werde also für die Steuer stimmen und Ja sagen zu Allem, was das Leben erleichtert, und Nein zu denjenigen Gegenständen, von denen ich annehme, daß sie eine wesentliche Erleichterung nicht sind. — Präsident Delbrück: Ich muß ihre Aufmerksamkeit für wenige Augenblicke für die finanzielle Seite der Vorlage in Anspruch nehmen. Dem durch den Vertrag mit Oesterreich zu erwartenden Ausfalle steht der Ertrag der Tabackssteuer gegenüber, aus welcher jedoch erst am 1. Januar 1870 Geld in die Staatskasse kommt. Ein Aequivalent für das Jahr 1869 ist nicht vorhanden. Wir haben also auf der einen Seite einen Einnahme-Ausfall vom 1. Juli d. J. von 800,000 bis 1 Million Thaler, dem gegenüber in den ersten 15 Monaten keine Einnahme steht. Für den durch diese Vorlage herbeigeführten Ausfall ist nun eine Kompensation in Anspruch genommen worden die Besteuerung des Petroleums, und gegen diese haben sich die Angriffe der Redner gerichtet. Ich will die volkswirthschaftliche Bedeutung dieses Artikels nicht unterschätzen, die verbündeten Regierungen haben aber die Ueberzeugung gehabt, daß der Vorschlag der Steuer die Entwickelung des Gebrauchs nicht beeinträchtigt. Der rapide Verbrauch des Artikels hat sich entwickelt unter den erheblichsten Preisschwankungen, gegen welche die jetzt vorgeschlagene Steuer gar nicht ins Gewicht fällt. Ich bezweifle, daß die verbündeten Regierungen sich so leicht auf einen Wechsel einlassen werden, der auf die direkten Steuern gezogen und einzulösen ist von den einzelnen Landesvertretungen. — Abg. v. Hennig (für die Vorlage): Mit den allgemeinen Grundsätzen der Vorlage bin ich einverstanden, wenn ich auch gegen einzelne Punkte nicht unerhebliche Bedenken habe. Die Lage des Zollparlaments ist dadurch eine sehr schwierige, daß wir wohl über Einnahmen, nicht aber über Ausgaben zu beschließen haben. Nach den Motiven der Vorlage soll die Einfuhr an Petroleum 1 Million Centner, die Steuer soll also 500,000 Thaler betragen. Nun sind aber im vorigen Jahre 1,700,000 Centner eingeführt worden; die Einnahme würde sich also auf fast 1 Million belaufen, und im nächsten Jahre ein noch größeres Resultat geben. Ich halte es überhaupt für nicht richtig, aus Besorgniß vor einem Defizit, das noch nicht einmal klar ist, schon heute einen entscheidenden Entschluß zu fassen über die Besteuerung eines Artikels, wofür uns die Erfahrung noch nicht die geringsten Anhaltepunkte giebt. Die Steuerfähigkeit hat eine bestimmte Grenze; wird über dieselbe hinausgegangen, so drückt man damit den Wohlstand und die Steuerfähigkeit selbst herab. Unsere Postverwaltung hat doch schlagend bewiesen, daß durch die Herabsetzung des Portos bedeutend höhere finanzielle Erträge erzielt worden sind; ebenso ist es mit den Zöllen; ein vermuthlicher vorübergehender Ausfall durch Zollherabsetzung darf uns deshalb niemals zu einer dauernden Steuererhöhung veranlassen. Es ist ferner zu bedenken, daß das Petroleum nicht allein vertheuert wird durch den Zoll von 15 Sgr., also etwa um 2 Pfennige pro Pfund, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß ein Artikel, der bis dahin unbesteuert war, durch eine Besteuerung höher im Preise stieg, als der Zoll betrug. Die Geschichte der Preisschwankungen, die der Bundes-Kommissar gegeben, beweist für die Zulassung der Besteuerung gar nichts; sie beweist nur, daß mit dem geringeren Preise der Konsum bedeutend zugenommen hat. Der Konsum des Petroleums hat sich so schnell durch alle Schichten der Bevölkerung erstreckt, wie der keiner anderen Waare; von Ostpreußen bis nach dem Schwarzwalde brennt man jetzt Petroleum, wo man noch vor Kurzem mit Kaminfeuer oder mit dem Kienspan beleuchtete. Gerade, weil es erst so kurze Zeit Lebensbedürfniß geworden ist und noch nicht die Entwickelung

gefunden hat, die es im Stande ist, sich zu erwerben, deshalb soll man es daran nicht hindern. Mag die Steuer hoch oder niedrig sein; sie ist immer ein Hemmniß des Verbrauchs; und wir haben gar keine Veranlassung, die Entwicklung eines solchen Artikels im Anfange seiner großen Verbreitung zu verhindern; lassen wir uns Zeit zur Ueberlegung, wie weit seine Wirksamkeit sich erstrecken wird; heute können wir es noch nicht übersehen. — Bundes-Kommissar Dr. Michaelis empfiehlt die unveränderte Annahme der Vorlage und tritt den Ausführungen der Abgeordneten Mohl, Miquel und v. Hennig entgegen. — Die Ansicht des Abg. Mohl, daß die Zollherabsetzungen eine Quelle von Elend, der Ruin unserer Industrie sein werde, müsse er entschieden zurückweisen; um so etwas zu glauben, dazu habe er eine zu gute Meinung von unserer deutschen Industrie. Er trat sodann den Einwürfen entgegen, welche Abg. Miquel seinen neulichen statistischen Mittheilungen bei der Berathung des Tabackssteuergesetzes heute entgegengehalten. — Gegen v. Hennig bemerkt er: Heute handele es sich nur um die Frage der Deckung eines Defizit; nicht um die Frage einer Mehreinnahme, sondern um die Fortentwickelung des Zoll- und indirekten Steuersystems, das neben zahlreichen Erleichterungen auch eine Mehreinnahme gewährt. Die Tabackssteuer haben Sie abgelehnt, heute handelt es sich um die Petroleumsteuer. Es ist nicht möglich, das Tarifwesen blos nach einer Richtung hin zu entwickeln, und Sie mögen sich nicht wundern, wenn Ihre Beschlüsse einen Stillstand der Tarifgesetzgebung zur Folge haben. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Ich sehe in diesem Entwurf sehr wesentliche Verbesserungen, wenn ich dieselben aber nur durch Bewilligung der Petroleumsteuer erlangen kann, so sage ich: dieser Preis ist mir zu theuer! (Bravo!) Ich nehme es keiner Regierung übel, wenn sie vorsichtig ist, aber auch die Volksvertretung muß vorsichtig sein, sie muß prüfen, ob die Kalkulationen richtig sind, und die Kalkulationen haben bisher einen sehr raschen Ersatz derartiger Ausfälle ergeben. Das Budget des norddeutschen Bundes hätte uns vorgelegt werden können, ist uns aber nicht vorgelegt, und mit unbekannten Größen können wir nicht rechnen. Um so weniger können wir einem vorübergehenden Ausfall gegenüber einen dauernden Zoll auf Petroleum legen, der sich fortwährend steigern wird, und den wir folglich nie und nimmer wieder loswerden werden. Ist denn die Finanznoth so groß? So groß wie z. B. in Italien? Dann müßten wir vielleicht aus Desperation zu einem solchen Mittel greifen (Heiterkeit). Aber noch haben wir ja den letzten Trumpf unserer Zoll- und Finanzpolitik noch lange nicht ausgespielt und verglichen mit Oesterreich und Italien, denen das Wasser der Finanznoth bis an den Mund reicht, stehen wir auf dem Gipfel finanzieller Größe. (Heiterkeit). Warum sollen denn wir, das Zollparlament, warum soll denn gerade diese junge Pflanze die Gehässigkeit einer solchen Maßregel auf sich nehmen, die sie noch nicht tragen kann. Es giebt ja ältere, zähere Pflanzen im deutschen Vaterlande, denen man das hätte bieten können. (Heiterkeit.) Hat denn schon irgend ein Staat in Europa eine Steuer auf Petroleum gelegt? Wie kommt gerade die preußische Regierung dazu, von ihrem bewährten und berühmten Systeme abzuweichen? Stelle man die Nothwendigkeit der neuen Steuer so eindringlich vor, wie man will, ich kann nur sagen: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!" Ich werde daher gegen die Steuer stimmen. Sie ist eine schlechte Steuer. Der Beleuchtungsstoff ist für die Masse des Volkes ebenso unentbehrlich wie Wohnung, Nahrung, Heizung. Warum belegen Sie nicht auch die Nahrungs- und Heizungsmittel mit Eingangszöllen? Selbst der verehrliche Abg. Mohl, der sonst doch so sehr gegen diesen Vertrag ist, will doch Ochsen, Esel und Maulesel keinem Zolle unterworfen sehen, er will mit Recht die internationalen Beziehungen Würtembergs zur Schweiz schonen: so gönne er uns doch die gleiche Rücksicht, uns, die wir zufällig nicht an die Schweiz, sondern an das Meer grenzen. Wenn man dem Staate neue Einnahmen zuführen muß, dann muß man sich doch vor jedem Wege hüten, der eine Schädigung der wirthschaftlichen Produktion der Gesellschaft mit sich führt. Sonst handelt man wie ein Verschwender, der noch in minorennen Jahren sein väterliches Erbtheil im Voraus verschleudert. — Redner geht nun auf das Verhältniß des Importes von Petroleum, zu der Fabrikation, dem Verbrauche und dem Preise des Rüböls über und findet in jeder dieser Beziehungen einen neuen Grund, den Petroleumzoll nicht einzuführen. M. H.! Es ist durch die Weisheit der Vorsehung der arbeitenden Bevölkerung ein vortreffliches Licht zu einem billigen Preise zur Verfügung gestellt. Die Vorsehung hat wieder einmal laut und deutlich gesprochen: es werde Licht! Lassen Sie dem deutschen Zollparlament, dem ersten deutschen Zollparlament nicht den Vorwurf machen, daß es die Wege der Vorsehung gekreuzt und gesprochen habe: es werde Finsterniß! (Lebhafter Beifall.) — Darauf wird die Generaldiskussion geschlossen und die Spezialdiskussion bis auf morgen vertagt. — Der Präsident theilt mit, daß ihm der Gesetz-Entwurf, welcher die Zollbefreiungen und Zollermäßigungen des österreichischen Handelsvertrages auf den Verkehr mit allen Nationen ausdehnt (mit Ausnahme des Zolles von Most, Wein und Cider, der nur da gewährt werden soll, wo der Zollverein zu den begünstigsten gehört) zugegangen ist. Das Haus wird ihn durch Schlußberathung erledigen. — Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. (Tages-Ordnung: 2. Lesung des Tabackssteuergesetzes, Spezialdiskussion der Tarifvorlage.)

Breslau, 19. Mai. Morgen Abend soll der erste Zug der Rechte Oderuferbahn von Kolonowska hier eintreffen.

Pleschen, 18. Mai. Die durch Polizei-Verordnung hier erfolgte Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung bis zu 20 Peitschenhieben hat unter der Bürgerschaft sehr böses Blut gemacht und eine namhafte Anzahl angesehener Bürger veranlaßt, bei der Regierung die Aufhebung der Prügelparagraphen der republizirten „Straßen-Polizei-Ordnung für die Stadt Pleschen" zu beantragen. Die Beschwerdeschrift soll viele Unterschriften gefunden haben und bereits an den Ort ihrer Bestimmung abgegangen sein. Pleschen will Uri nicht den Rang ablaufen. So tief auch die durch die Republizirung hervorgerufene Mißstimmung sein mag, so wurde doch von einzelnen Gewerken das Vorgehen der Polizei freudig begrüßt, weil sie von demselben einen Aufschwung ihres Gewerbetriebes erwarten. Einzelne Riemer und Seiler sollen übrigens bereits Probepeitschen eingeliefert und um Ueberweisung von Aufträgen gebeten haben.

Thorn, 16. Mai. Die bei dem diesjährigen hohen Wasserstande sehr arg beschädigten Weichseldämme sollen nunmehr einer sorgfältigen Reparatur unterzogen werden. Die Staatsregierung hat zu dem Zwecke dem Deichverbande ein Darlehn von 12,000 Thlr. bewilligt. Außerdem stehen noch anderweitige Staatsbeihülfen in Aussicht, da es sich als nothwendig herausgestellt hat, daß sämmtliche Dämme um einige Fuß erhöht werden.

Emden, 15. Mai. Der mit der kommissarischen Verwaltung des hiesigen Amtes bis vor Kurzem beauftragt gewesene Kreishauptmann Roth in Aurich hat von den Amtseingesessenen durch ein Schreiben Abschied genommen, in welchem er unter Anderem sagt: „Der strenge Sinn für Recht und Gesetz, die klare Einsicht in die Anforderungen einer neuen Zeit, in ihre Wohlthaten, aber auch in ihre Pflichten und Opfer, vor allen Dingen aber die begeisterte Liebe und Treue für unsern Allergnädigsten König und Herrn, welche alle Gemeinden unseres Amtes auszeichnet, haben mir mein Amt zu einer steten Freude gemacht und werden es mir für die Zukunft zu einer immer angenehmen Erinnerung machen. Sie haben uns unberührt über die Mißtöne weggeführt, welche andere Theile unseres Vaterlandes durchzitterten; sie waren der Hebel unserer gemeinsamen Arbeiten, das Geheimniß unserer etwaigen Erfolge."

Dresden, 19. Mai. Die erste Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung nach siebenstündiger Debatte die Aufhebung der Todesstrafe mit 22 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Die drei Geistlichen, welche der Kammer angehören, stimmen für die Beibehaltung der Todesstrafe, der Kronprinz votirte dagegen. — Die Aufhebung der körperlichen Züchtigung wurde einstimmig genehmigt.

Stuttgart, 19. Mai. Dr. Petermann in Gotha hat von der würtembergischen Regierung 500 Gulden als Beitrag zur deutschen Nordpol-Expedition bewilligt erhalten.

Ausland.

Wien, 19. Mai. Dem „Wanderer" zufolge der Erzbischof Haynald nach Rom gereist, um dort im Auftrage des Kaisers die Erklärung abzugeben, daß derselbe Angesichts der veränderten staatlichen Verhältnisse nicht umhin könne, das Religionsgesetz zu sanktioniren.

— Das Abgeordnetenhaus bewilligte in seiner heutigen Sitzung bei der Budget-Debatte die Erfordernisse für den Hofstaat mit 3,420,0000 fl., für den Reichsrath, Staatsrath, Ministerrath und das Ministerium des Innern mit 16,137,992 fl., für das Ministerium der Landesvertheidigung mit 3,275,817 fl., für das Kultus- und Unterrichts-Ministerium mit 4,961,269 fl., für das Finanzministerium mit 86,863,468 fl. und für das Handelsministerium mit 12,655,000 fl.

— Die „Abendpost" bezeichnet die Nachricht der „Italie", daß der Reichskanzler v. Beust eine vertrauliche Note an das russische Kabinet gerichtet habe, um dasselbe über seine Absichten gegen Oesterreich zu interpelliren, als Erfindung. Ebenso dementirt die „Abendpost" die Nachricht der „Italie", daß Preußen der österreichischen Regierung gegenüber sich erklärt habe, falls eine etwaige Volksrevolution einen nochmaligen Wechsel der Regierung in den Donaufürstenthümern herbeiführe, der Regierungsübertragung auf einen österreichischen Prinzen seine Zustimmung zu geben.

Wien, 19. Mai. Die „Oesterr. Korresp." meldet: Der neu ernannte außerordentliche Gesandte Oesterreichs am belgischen Hofe, Graf Vitzthum, hat heute den vorgeschriebenen Eid in die Hand des Kaisers geleistet. Die Publikation der mit der Sanktion des Kaisers versehenen Konfessionsgesetze wird morgen oder übermorgen erwartet. Baron Meysenbug wird seine Mission nach Rom Ende dieser Woche antreten.

Paris, 19. Mai. Gesetzgebender Körper. Der Staatsminister Rouher stellte die Frage auf, welches denn, wenn das jetzige Handelssystem der französischen Industrie geschadet habe, die Ursachen der Krisis von 1867 seien. — Die frühere Handels-Gesetzgebung, welche ihren Ursprung noch vom republikanischen Konvent herleite, sei ein Vertheidigungsmittel in dem Kriege gegen Europa gewesen, aber nicht ein überlegtes System. Der Kaiser habe nach einer Prüfung von 8 Monaten die Verantwortlichkeit übernommen, den Widerstand, der gegen dasselbe verbündeten Interessen zu brechen.

Paris, 19. Mai. „France" zufolge wird der französische Botschafter in Berlin, Benedetti, auf mehrere Wochen nach Karlsbad gehen.

Rom, 19. Mai. Das Leichenbegängniß das Kardinal Andrea hat heute stattgefunden. — Der Papst wohnte der Seelenmesse bei und sprach den Segen.

London, 19. Mai. Unterhaus. Gladstone interpellirte die Regierung über das Verfahren, welches sie bei der am Freitage bevorstehenden zweiten Lesung des Gesetzes über die irische Staatskirche zu beobachten gedenke. Disraeli erwiderte: „Wir werden dem Gesetze die stärkste Opposition machen, welche in unserer Macht steht." In Erwiderung auf eine Interpellation des Mr. Dalgish sagte Disraeli, daß er mit Genehmigung des Hauses am Donnerstage das Verhalten der Regierung in Betreff der schottischen Reformbill darlegen werde.

Pommern.

Stettin, 20. Mai. Gestern fand in der Johanniskirche eine durch Herrn A. Todt veranstaltete geistliche Musikaufführung statt, die sich durch ein ebenso reichhaltiges, wie abwechselungsreiches Programm auszeichnete. Außer einigen größern, für Orchester resp. Orgel bestimmten Musikstücken, darunter mehrere gelungene Erzeugnisse des Hrn. Konzertgebers, hatten wir noch Gelegenheit den Violoncellisten Hrn. Fr. Krabbe in einem Andante religioso von Sering zu hören, welches durch Wärme und Empfindung im Vortrage einen vortrefflichen Eindruck machte.

— Nach dem neuesten „Militär-Wochenblatt" ist: Saenger, Sek.-Lt. von der Kav. 2. Bats. (Schneidemühl) 3. pomm. Landw.-Regts. Nr. 14, kommandirt zur Dienstl. bei dem pomm. Train-Bat. Nr. 2, im stehenden Heere, und zwar als Sek.-Lt. in diesem Bat. angestellt; Kuhlmay, Hauptm. à la suite des 3. pomm. Inf.-Regts. Nr. 14 und Direktions-Assistent bei der Gewehrfabrik in Erfurt, in gleicher Eigenschaft zur Gewehrfabrik in Spandau versetzt; Crüger, Hauptm. und Battr.-Chef von der 2. Art.-Brigade, zum Maj. und Abth.-Kommdr. befördert; Wilcke, Hauptmann von ders. Brig., zum Battr.- resp. Komp.-Chef ernannt; Nernst, Pr.-Lieut. von ders. Brig., zum Hauptm., Mitzlaff, Sek.-Lt. von ders. Brig., zum Pr.-Lt. befördert; Theremin, Pr.-Lt. von ders. Brig., unter Beförderung zum Hauptm., in die 4. Art.-Brig., Brunzlow, Pr.-Lieut. von ders. Brig., in die 2. Art.-Brig. versetzt; Bauck, Stäbler, Klamroth, Liedke, Lorenz, Lüder, Heydemann, Appelmann, Unteroffiziere von der 2. Art.-Brig., sind zu Port.-Fähnrichs, Breithaupt, Tiburtius, Vice-Feldw. vom 2. Bat. (Stralsund) 1. pomm. Landw.-Regts. Nr. 2.; Husader, Vice-Feldw. vom 2. Bat. (Cöslin) 2. pomm. Landw.-Regts. Nr. 9., zu Sek.-Lts. bei der Art. befördert. v. Franck, Ob.-Lt. von der 2. Gend.-Brig. ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs, mit Pens. und der Unif. des 2. Pos. Inf.-Regts. Nr. 19 zur Disp. gestellt. Lunow, Feldw. a. D., zum Büreau-Assistenten bei der hiesigen Fortifikation ernannt.

— Die bisher den Mannschaften des Beurlaubtenstandes bei deren Einberufungen zu Uebungen gewährten Meilengelder von 3 Sgr. 9 Pf. pro Kopf und Tag sind in Wegfall gekommen und ist an deren Stelle eine Reisevergütung auf Höhe von 6 Sgr. 3 Pf. getreten, wie solche schon bisher den zur Entlassung kommenden Reservisten zu Gute kam.

— Wie mitgetheilt, ist dem Zimmermeister Herrn Kämmerling die Erlaubniß zur Errichtung einer Fluß-Badeanstalt ertheilt worden, welche in der Verlängerung der Masche'schen Insel oberhalb der dritten Oderbrücke ihren Platz finden soll. Wie wir hören, beabsichtigt Herr Kämmerling unverzüglich mit dem Bau zu beginnen, damit jene Anstalt noch in diesem Sommer der Benutzung übergeben werden kann. Die Anstalt wird auf Prähmen errichtet werden und außer dem Warte- und Kassenzimmer aus einem Schwimmbassin für Herren, einem Bassin für Knaben, einem Bassin für Mädchen, sowie aus acht Zellenbädern für Damen und acht für Herren bestehen.

— Die Blumendiebstähle auf dem städtischen Kirchhofe mehren sich in neuester Zeit in wirklich bedenklicher Weise und erscheint deshalb eine besonders strenge Bestrafung derselben dringend geboten. Wie man uns mittheilt, sind innerhalb der letzten 3 Tage nicht weniger als ein volles Dutzend von Blumendieben, größtentheils Mädchen und Frauen, abgefaßt, ebenso ist es vorgekommen, daß gerade besonders schöne und theure Exemplare von Blumen gestohlen werden. Letzteres ist ein Beweis, daß nicht nur bloße Blumenliebhaberei, sondern auch die Industrie bei einzelnen Diebstählen maßgebend ist.

— Unter den Dieben, welche das Brandunglück auf der Oberwiek zu ihrem Vortheil ausgebeutet, befindet sich auch der Arbeiter Aug. Neubauer, der aus der Werkstätte Oberwiek Nr. 87, aus welcher überhaupt noch viele Gegenstände vermißt werden sollen, eine Kiste mit zwei Bunden umsponnenem Telegraphendraht annektirt hatte, mit seiner Beute aber vom Wächter auf der Lastadie abgefaßt wurde. Seiner Angabe, daß die Kiste ihm zur einstweiligen Aufbewahrung von einem Unbekannten übergeben sei, wollte der gedachte Beamte keinen Glauben beimessen.

— Ein bisher nicht ermittelter Liebhaber von Schiffsbrod hat sich von diesem Artikel aus den auf dem verschlossenen Boden des Bäckermeisters Z., Klosterhof Nr. 17, lagernden Vorräthen mittelst Einbruches etwa 30 Pfd. zugeeignet.

Swinemünde, 18. Mai. Heute fand hier die Einführung unseres bisherigen Beigeordneten Herrn Eggebrecht als Bürgermeister durch den Herrn Geh. Regierungs- und Landrath Ferno statt.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 19. Mai, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Friederike, Ludwig von Memel; Klein Dievenow, Zaddach von Stolpmünde; Deo Gloria, Burmeister von Lemkenhagen; Rudolph, Wendt von Aarhuus; Utne, Salvesen von Lyckens; Pröve, Oestensen von Libau. Wind: NO. Revier $14\frac{10}{12}$ F. Strom ausgehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 20. Mai. Witterung: schön. Temperatur + 18° R. Wind: SO.

An der Börse.

Weizen etwas fest, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 89—98 Rt., bunter 86—92 Rt. bez., ungarischer 85—91 Rt., ordinärer 80—84 Rt., weißer 95—106 Rt., per 83—85pfd. Mai-Juni 92, 93½, 92½ Rt. bez. u. Gd., Juni-Juli 86 Rt. bez., Juli-August 85½ Rt. nom., Sept.-Okt. 76½ Gd., 77 Br.

Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco 57—62 Rt., schwerer 64—66 Rt. bez., per Mai-Juni 59¾, 59, ½ Rt. bez. u. Gd., Juni-Juli 59, 58⅜, 58 Rt. bez. u. Gd., Juli-August 56½ Rt. Gd., Septbr.-Oktober 54 Rt. Br. u. Gd.

Gerste niedriger, per 1750 Pfd. loco schlesische, mährische und ungarische 44—48 Rt., feinste 50 Rt.

Hafer unverändert, per 1300 Pfd. loco 34—35½ Rt., 47—50pfd. pr. Mai-Juni 35½, ¼ Rt. bez. u. Br.

Erbsen loco pr. 2250 Pfd. Futter- 60—64½ Rt., Koch- 66—68 Rt.

Wicken loco 44 Rt. bez.

Winterrübsen Juli-August 72 Rt. bez., August-September 73 Rt., Septbr.-Oktbr. 74 Rt. bez.

Rüböl matt, loco $9\frac{11}{12}$ Rt. Br., auswärtiges $9\frac{19}{24}$ Rt. bez., Mai-Juni 9⅚ Rt. bez., September-Oktober 10 Rt. Gd.

Spiritus fester, loco ohne Faß $18\frac{7}{12}$ Rt. bez., kurze Lieferung mit Faß 18¼ Rt. bez., Juni-Juli 18⅓, $\frac{5}{12}$, ⅜ Rt. bez., Juli-August 18⅚, $\frac{7}{12}$ Rt. bez., Aug.-Sept. 18¾ Rt. Gd., Septbr.-Oktober $18\frac{1}{12}$ Rt. Gd.

Angemeldet: 100 Ctr. Rüböl, 10,000 Qrt. Spiritus ohne Faß.

Regulirungs-Preise: Weizen 92¾, Roggen 59½, Hafer 35½, Rüböl 9⅚, Spiritus 18⅓.

Landmarkt.

Weizen 90—96 Rt., Roggen 58—64 Rt., Gerste 45—49 Rt., Hafer 34—38 Rt. pr. 26 Scheffel, Erbsen 60—67 Rt. pr. 25 Scheffel, Heu pr. Ctr. 15—25 Sgr., Stroh pr. Schock 7—8 Rt.

Berlin, 20. Mai, 2 Uhr — Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 84¼ bez. Staats-Anleihe 4½ % 95½ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 136¾ bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 93½ Gd. Oesterr. National-Anleihe 53¾ bez. Pomm. Pfandbriefe 85¾ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 186 bez. Amerikaner 77 bez.

Weizen pr. Mai 86 bez. u. Gd. Roggen pr. Mai 59½ bez., 59 Br., Mai-Juni 59¼ bez., 58½ Gd., Juni-Juli 59, 58 bez. Rüböl loco 9¾ bez., Mai-Juni $9\frac{11}{24}$, ⅔ bez., Septbr.-Oktober 10 bez. Spiritus loco 18½ bez., Mai-Juni 18⅓, ¼ bez., Juni-Juli 18⅓, ¼ bez., Juli-August 18⅓, $\frac{5}{12}$ bez.

Breslau, 19. Mai. Spiritus per 8000 Prozent Tr. 18⅓. Roggen per Mai 56¾, per Mai-Juni 56½. Rüböl pr. Mai-Juni 9½, pr. Sept.-Okt. $9\frac{19}{24}$. Zink fest.

Hamburg, 19. Mai. Getreidemarkt. Weizen und Roggen auf Termine steigend. Weizen pr. Mai 5400 Pfd. netto 164 Bankothaler Br., 163 Gd., pr. Mai-Juni 159 Br., 158 Gd., pr. Juli-August 145 Br. und Gd. Roggen pr. Mai 5000 Pfd. Brutto 112 Br., 110 Gd., per Mai-Juni 108 Br. u. Gd., per Juli-August 98 Br., 97 Gd. Hafer stille. Rüböl matt, loco 20⅞, pr. Mai 20¾, per Oktober 22¼. Spiritus ohne Kauflust. Kaffee ruhig. Zink fest. — Sehr schönes Wetter.

Amsterdam, 19. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine niedriger, Schluß besser, per Mai 220, per Juni 205, per Juli 205.

Stettin, den 20 Mai

Hamburg ···	6 Tag.	151⅞ bz	St. Börsenhaus-O. ·	4	—
„ ···	2 Mt.	150⅞ B	St. Schauspielh.-O. ·	5	—
Amsterdam ·	8 Tag.	143⅝ bz	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
„ ·	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London·····	10Tag.	6 24¾ bz	Pr. National-V.-A. ·	4	117 B
„ ·····	3 Mt.	—	Pr. See-Assecuranz	4	—
Paris ·····	10 Tg.	—	Pomerania········	4	—
„ ·····	2 Mt.	—	Union············	4	107 bz
Bremen ···	3 Mt.	—	St. Speicher-A.····	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—	Ver.-Speicher-A.···	5	—
Wien·······	8 Tag.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
„ ·······	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied. ··	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sts.-Anl.5457	4½	—	Bredower „	4	—
„ „	5	—	Walzmühle ······	5	—
St.-Schldsch.	3½	—	St. Portl.-Cementf. ·	4	—
P. Präm.-Anl.	3½	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
Pomm.Pfdbr.	3½	76 B	St. Dampfschiff-V. ·	5	—
„ „	4	86 B	Neue Dampfer-C.··	4	93 B
„ Rentenb.	4	—	Germania ·······		100½ B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Vulkan·········		125 G
Berl.-St. E. A.	4	—	St. Dampfmühle ··	4	—
„ Prior.	4	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
„ „	4½	—	Chem. Fabrik-Ant. ·	4	—
Starg.-P. E. A.	4½	94½ B	St. Kraftdünger-F. ·	—	—
„ Prior.	4	—	Gemeinn. Bauges. ··	5	—
St. Stadt-O. ·	4½	—			—